Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gebrauchshafer", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, 4. Fernsprecher: 17 201. ★ Redaktion Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, 4. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 12 555 Dresden, Gustav Schlegel ★ Anzeigenpreise: 20 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 10 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 10 Goldpfennige für die Reklamezeile und für Stellenangebote und -gesuche nach dem beigespannten Tarifschema ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Dresden, Dienstag den 8. September 1925 | Nummer 125

Sozialdemokraten und Brotwucher

Irreführung der Arbeiter — Braun unterstützt den Raubzug der Lutherregierung

Die von der Reichsregierung wieder eingeführten Einfuhrscheine bedeuten einen neuen Raubzug auf die Taschen der Konsumenten. In Verbindung mit den letzthin bewilligten Zöllen, den Steuern und der überall einsetzenden Mietzinssteigerung ist das eine weitere Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klasse. Die Sozialdemokraten, als die angeblich allein patentierten Vertreter der Arbeiter, haben mit großen Worten die Arbeiter zum „Kampf" gegen die Zölle und gegen die Einfuhrscheine aufgerufen. Aber Theorie und Praxis ist bei den Sozialdemokraten immer etwas anderes. Für die Arbeiter große Worte, für die Kapitalisten die Taten. Diese so oft in Erscheinung getretene Tatsache wird auch jetzt wieder treffend bewiesen.

Zu dem Zolltarif hat die SPD. Referentenmaterial herausgegeben, in dem es heißt:

„Die Regierung verlangt weiter eine Ermächtigung, für die Getreideausfuhr das Einfuhrscheinsystem der Vorkriegszeit wieder einführen zu können. Das bedeutet die Wiedereinführung der Ausfuhrprämien für die Landwirtschaft und damit:

1. die Sicherung der Agrarier, daß sich der Preis auch wirklich um den vollen Zoll erhöht;
2. daß das Reich den Landwirten einen großen Teil seiner Zolleinnahmen als Belohnung für ihre Getreideausfuhr wieder zurückzahlen muß und daß
3. die große Masse durch neue Steuerlasten diesen Ausfall der Reichskasse wieder einbringen muß."

Nachdem dann ausführlich nachgewiesen wird, daß „die Erfahrung der Vorkriegszeit diese unheilvollen Wirkungen in vollem Umfange gezeitigt" haben, heißt es zum Schluß:

„Die Wiedereinführung dieses Systems unter den heutigen Verhältnissen ist geradezu ein Raubzug auf die Taschen der Ärmsten, die Ausbeutung der Staatskasse zugunsten der Großagrarier und die Gefahr außenpolitischer Konflikte wegen der Liebesgabenpolitik."

Wir sehen gegenüber diesen Feststellungen, die von den SPD.-Referenten den Arbeitern mit viel Elan in die Ohren geschrien werden, die Taten aus! Der Reichsrat hat bekanntlich am Donnerstag der Verordnung der Lutherregierung nicht nur zugestimmt, sondern sie noch erweitert. Er hat die Uebergangsbestimmungen gestrichen. Die Gültigkeitsdauer der Einfuhrscheine wurde von 6 auf 9 Monate und auf Hülsenfrüchte ausgedehnt.

Den Ausschlag bei der Abstimmung über die Annahme der Verordnung gaben die Länder mit sozialdemokratischen Vertretungen. Es stimmten dagegen 7 Länder mit 17 Stimmen, 3 Vertreter enthielten sich der Stimme.

Preußen allein verfügt über 26 Stimmen Kabinetts-Einfluß. Ueber die übrigen 13 verfügen die Vertreter der Provinzen und der Stadt Berlin selbständig. Einer der Provinzvertreter ist Herr Hörsing, Oberpräsident, Sozialdemokrat, Feldwebel a. D. und aktiver Reichsbannergeneral.

Hätte der Sozialdemokrat Braun seine 13 und Hörsing und der Berliner Vertreter ihre zwei Stimmen mit den 17 zusammen gegen die Einfuhrscheine in die Wagschale geworfen, so hätten 32 Stimmen gegen die Einfuhrscheine gestanden. Da der Reichsrat nur 66 Stimmen hat, von denen 3 durch Enthaltung ausfielen, **wäre also die unerhörte Brotschieberverordnung mit 32 gegen 31 Stimmen gefallen, auch ohne das Gros der preußischen Provinzstimmen — wenn die sozialdemokratischen Vertreter ihre Macht gebraucht hätten.**

Aber noch mehr! Der badische Antrag, der wenigstens die oben aufgeführten Verschlechterungen abgelehnt wissen wollte, fand keine einzige Preußenstimme zur Unterstützung, weder die Brauns, noch Severings, noch Hörsings!

Der Sozialdemokrat Braun hätte als preußischer Ministerpräsident die Stimme seines Vertreters im Reichsrat festlegen können. Er konnte die ungeheuerliche Verordnung der Lutherregierung zu Fall bringen.

Weshalb hat das der Sozialdemokrat nicht gemacht? Eine Erklärung dafür hat er im Hauptausschuß des Preußischen Landtages; hier erklärte Braun, daß Preußens zustimmende Haltung im Reichsrat sich aus der Absicht erkläre, **auf keinen Fall die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung irgendwie zu durchkreuzen.** Preußen habe es der Reichsregierung ermöglicht, ihr ganzes wirtschaftliches System gesetzgeberisch zu Ende zu führen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter mögen gut aufmerken. Die SPD.-Führer schreiben so, wie es für die Arbeiter sein müßte, ihre Handlungen aber stellen offene Interessenvertretungen der monarchistischen Lutherregierung dar. Sind die sozialdemokratischen Arbeiter mit der Haltung ihrer Führer, mit diesem Verrat der Arbeiterinteressen einverstanden? Weshalb nimmt die „linke" SPD.-Presse keine Stellung zu diesem Verrat, sie will doch die Interessen der Arbeiter vertreten?

Praktisch bleibt: die SPD. hilft die Arbeiter im Interesse der Großagrarier plündern.

Der Breslauer Gewerkschaftskongreß

Der 12. deutsche Gewerkschaftskongreß ist überraschend schnell zu Ende gegangen. Seine Dauer war kürzer, als selbst die Führer des ADGB. und die Leitung des Kongresses angenommen und berechnet hatten. Man denke, noch drei für die deutsche Arbeiterklasse und die Gewerkschaften unerhört verhängnisvollen Jahren findet der Kongreß der in Deutschland entscheidenden Gewerkschaftsrichtung statt. In diesen drei Jahren gingen der Achtstundentag und fast alle Positionen des Proletariats verloren, die Gewerkschaften schmolzen auf die Hälfte ihrer Mitglieder zusammen. In einer Zeit der schärfsten Unternehmeroffensive findet der Kongreß statt, der Bilanz aus dem Vergangenen ziehen und die Marschroute für die Zukunft geben soll. Und dieser Kongreß kann die vorgesehene Tagungszeit von einer Woche nicht ausfüllen, er hat zwei Tage zu früh seine ganze reichhaltige Tagesordnung erschöpft. Diese Tatsache charakterisiert für jeden, auch für die Nichtkenner der Gewerkschaftsbewegung, diesen Kongreß besser als alle auf ihm gefaßten Beschlüsse.

Und in der Tat, noch nie war ein deutscher ADGB.-Kongreß so leer und gedankenarm wie dieser Kongreß. Fast alle Beschlüsse, mit ganz wenigen Ausnahmen, wurden beinahe einstimmig gefaßt, in der Regel stimmten nur die zwei Kommunisten dagegen. Alle entscheidenden Beschlüsse, die gefaßt wurden, sind Anträge oder Resolutionen, die vom Bundesvorstand vorgelegt wurden. Alles war schon vor dem Kongreß entschieden, und jedem aufmerksamen Teilnehmer am Kongreß mußte sich die Frage aufdrängen: War die Abhaltung dieses Kongresses überhaupt notwendig?

Welche Aufgaben hatte der Kongreß zu lösen, und ist tatsächlich auch in der Arbeiterschaft, innerhalb der Millionenmasse von Gewerkschaftsmitgliedern diese Einmütigkeit, dieser Mangel an Fragen und Problemen vorhanden, wie dies auf dem Gewerkschaftskongreß zum Ausdruck kam? Ganz gewiß nicht. Die ungeheuer große Anzahl von Anträgen aus der Mitgliedschaft zeigt, daß die Masse von diesem Kongreß viele Fragen grundsätzlich beantwortet wissen wollte, in vielen Grundfragen der gewerkschaftlichen Politik und Taktik eine Aenderung verlangte. Dieser Kontrast zwischen den vielen Anträgen aus der Mitgliedschaft und der fast vollkommenen Einmütigkeit auf dem Kongreß zeigt, daß der Kongreß in keiner Weise ein Spiegelbild der Auffassungen und des Willens der breiten Mitgliedschaft darstellt. Die Erklärung für diese Tatsache liegt einmal darin, daß die weitaus große Mehrzahl der Delegierten aus Gewerkschaftsangestellten bestand (die Kongreßleitung vermied es, im Gegensatz zu der Gepflogenheit früherer Kongresse, im Namensverzeichnis der Delegierten Angaben über die Beschäftigungsart der einzelnen Kongreßteilnehmer zu machen).

Aus dieser Zusammensetzung des Kongresses ist es zu erklären, daß der Wille und das Streben der Mitgliedschaft auf dem Kongreß fast überhaupt nicht in Erscheinung trat. Die Kongreßmehrheit und die Leitung scheuten sich ängstlich, die wirklich vorhandenen Probleme auch nur aufzurollen, geschweige denn gründlich zu beraten und durch entsprechende Beschlüsse zu beantworten. Sie wußten genau, was die Mitglieder draußen von dem Kongreß erwarteten. Sie wußten nur zu gut, daß die Masse der Mitgliedschaft in den Fragen des Achtstundentages, der Führung der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe, der Herstellung der Gewerkschaftseinheit und Verbindung mit den Proletariern Sowjetrußlands und Englands, der Stellungnahme zu dem Schlichtungsunwesen, der Sozialgesetzgebung und des Arbeitslosenproblems, des Kampfes gegen den Zoll- und Steuerwucher, der Stellungnahme zur Kriegsgefahr vom Kongreß Beschlüsse für ganz konkrete Kampfmaßnahmen verlangte und erwartete.

Es war sehr bezeichnend, daß gleich zu Beginn des Kongresses der typische Vertreter der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie, der Fabrikarbeiter-Verbandsvorsitzende Brey, „feststellte", daß hier auf diesem Kongreß keine so „geschwängerte Luft" vorhanden sei wie auf dem Leipziger Kongreß. Er meinte damit, daß auf dem Breslauer Kongreß nur zwei Kommunisten, gegenüber 88 auf dem Leipziger Kongreß, vorhanden sind. Die „geschwängerte Luft" — das ist in den Augen Breys der Druck der Massen, die Opposition. Doch der Verlauf des Kongresses zeigte, daß die Reformisten diese „Feststellung" nur zu ihrer eigenen Beruhigung machten. In Wirklichkeit standen sie doch alle unter dem Druck der „geschwängerten Luft", sie fühlten und wußten sehr gut, daß draußen in der Masse Kräfte vorhanden sind, die

Der Streik in der chemischen Industrie

Die Arbeiter der chemischen Industrie sind in einen Lohnkampf eingetreten, der bisher ca. 3000 Arbeiter umfaßte. Der Kampf ist ein Ringen, um das nackte Leben, ums Brot. Während die Preise aller Waren beständig steigen, weigerten sich die Industriellen der chemischen Industrie, eine geringe Lohnerhöhung zu zahlen. Die Spitzenlöhne der Arbeiter der chemischen Industrie betragen 64 Pf. Hierauf forderten die Arbeiter eine Erhöhung von 20 Prozent. Die Unternehmer weigerten sich aber, diese Löhne zu zahlen. Sie stellten in den Vordergrund die Laufdauer des Tarifs. Man gedachte bei möglichst langer Dauer des Tarifs dann die jetzt bewilligten geringen Erhöhungen durch fortgesetzte Preissteigerungen auszugleichen. Selbstverständlich mußten die Arbeiter eine Bindung über die Dauer des Tarifvertrages, solange sie nichts über die Höhe des Tarifes wußten, ablehnen. Die Arbeiter traten, da die Unternehmer nicht von ihrem Standpunkte abgehen wollten, in den Streik.

Die Unternehmer, die erst trotz erschöpfender Verhandlungen zu keinem Nachgeben bereit waren, haben jetzt den Landesschlichter angerufen. Verhandlungen finden heute statt. Die Unternehmer wissen, wo sie ihre Helfer zu finden haben. Die Arbeiter hatten und haben kein Vertrauen zu diesem Schlichter, deswegen traten immer mehr Betriebe in den Streik.

Die Organisationen selbst, die sozialdemokratischen Leiter derselben, wollen natürlich einen ernsten Kampf verhindern und nur einige Teilstreiks führen. Die Arbeiter, die wissen, daß sie damit ihre Niederlage selbst herbeiführen helfen, wollen den Gesamtkampf und verlassen auch ohne Zustimmung der Organisation, oder ohne deren Ratschläge abzuwarten, die Betriebe.

Am Streik beteiligt sind u. a. folgende Firmen: Gehe u. Co., Heyden, A. G. Thönes Radebeul, Lingnerwerke und Gleitsmann.

Die Arbeitsniederlegung hält noch an. Die Arbeitskollegen der chemischen Industrie müssen den geschlossenen Kampf erzwingen; sie verlangen, daß zur moralischen und finanziellen Unterstützung die anderen Organisationen angegangen werden. Reichswehrmanöver in Sachsen.

Eröffnung des englischen Gewerkschaftskongresses

London, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem vorgestern bereits eine Reihe von Kundgebungen der Gewerkschaften in Scarborough stattgefunden haben, ist gestern vormittag der Kongreß der Trade Union offiziell eröffnet worden. 724 Delegierte, die 200 Trade Unions mit 4,5 Millionen Arbeitern vertreten, nehmen an dem Kongreß teil. Besonders bemerkenswert ist, daß auch namhafte Vertreter der Gewerkschaften der Sowjetunion als Gäste anwesend sind. Als erster Punkt der Tagesordnung wird die Schaffung einer Presseorganisation und die Frage einer straffen Zentralorganisation für alle nationalen und internationalen Probleme erörtert werden.

Neues Bündnis der englischen Gewerkschaften

Nach Beendigung einer aus allen Zechenbezirken beschickten Delegiertenkonferenz teilte der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, mit, daß die Konferenz den Entwurf zu einem neuen Bündnis der Bergleute, Eisenbahner, Transportarbeiter und Mechaniker einstimmig angenommen habe. Bei den anderen beteiligten Gewerkschaften wird über das geplante Bündnis noch beraten.

Bedeutender Erfolg der Arbeiter in Schanghai

20 Prozent Lohnerhöhung, 2 Monate Schwangerschaftsurlaub.

Schanghai, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der 5000 Arbeiter und Angestellten des größten Druckereiunternehmens von Schanghai „Commercial Preß" endete mit einem Sieg der Streikenden. **Die Löhne wurden um 10 bis 20 Prozent erhöht,** wobei die Steigerung um so höher ist, je niedriger die Lohnkategorie. **Der Achtstundentag wird eingeführt. Die Unternehmer zahlen 10 000 Dollars zugunsten des Arbeiterkrankenhauses und die Frauen erhalten bei Schwangerschaft zwei Monate Urlaub.** Einen bedeutungsvollen Sieg errangen auch die Arbeiter der amerikanischen Textilfabrik in Schanghai. Sie zwangen die Unternehmer, **ein Abkommen zu schließen, wonach die Arbeitergewerkschaften anerkannt werden. Noch vor kurzem erlaubte sich der „Vorwärts", die chinesischen Arbeiter als „Maschinenstürmer" zu verhöhnen, die die „sozialistische Erziehung noch nicht genossen haben". Wir glauben, die durch „Erziehung" der „sozialistischen Arbeitsgemeinschaftler" verseuchten deutschen Arbeiter könnten es heute bei den chinesischen „Maschinenstürmern" lernen, wie man kämpft und siegt.**